

Die Sozialdemokratie stagniert im Ansehen der Wähler trotz vieler vorwärts weisender Ideen. Mit ihrer Fähigkeit zur programmatischen Synthese von Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit bietet sie konkurrenzfähige Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Und doch gelingt ihr die Rückgewinnung der politischen Offensivrolle bislang nicht. Was sind die tieferen Gründe dafür? Dieses Forum widmet sich der kritischen und selbstkritischen Suche nach Antworten auf diese Frage. In ihm sollen vor allem auch unbequeme Autoren zu Wort kommen, denn gerade Provokationen und Irritationen klären oft den Blick. Das schließt eigenwillige, auch zugespitzte Porträts aus der Praxis der Partei in den Regionen ein. Erwidierungen auf die Beiträge sind jederzeit willkommen.

Rüdiger Soldt

SPD regional: Kein Wachstum ohne Humus

Die Lage im Südwesten

Die baden-württembergische SPD ist ein tragischer Fall. Sie regiert seit gut zwei Jahren als Juniorpartner in einer grün-roten Koalition und musste erfahren, dass das demütigender ist als in einer Großen Koalition. Bei der Bundestagswahl schrammte sie mit nur 20,6 % knapp an einer Katastrophe vorbei. Es war das zweitschlechteste Zweitstimmenergebnis, dass die SPD jemals in einem Land bei einer Bundestagswahl erzielte. Nur in Mannheim erreichten die Sozialdemokraten mit 27,5 % annähernd das Ergebnis, das von einer Volkspartei erwartet wird. Die baden-württembergische CDU erzielte bei den Arbeitern in der Regel höhere Stimmenanteile als die SPD.

Erst 2011 hatte die SPD-Führung ihr schlechtestes Landtagsergebnis in der Nachkriegsgeschichte in einen grandiosen Sieg umgedeutet. Es brachte ihnen Regierungsposten, doch weder das Ministerpräsidentenamt noch spürbare Zuwächse in den Umfragen. Während der Landesverband früher seine besten Köpfe nach Bonn oder Berlin exportierte, konnte er bei der Bildung der Landesregierung vor zwei Jahren noch nicht einmal das Kultus-

und das Integrationsministerium mit erfahrenen Politikern aus dem Landesverband besetzen.

Dieser desolatte Zustand hat viele Gründe: die historischen Sonderentwicklungen Badens und Württembergs, eine Reihe folgenreicher strategischer Fehlentscheidungen der Sozialdemokraten, die zum Teil Jahrzehnte zurückliegen, und nicht zuletzt Konstruktionsfehler bei der Regierungsbildung vor zwei Jahren.

Die Sozialdemokratie hatte es in Baden und Württemberg schon immer schwerer als in anderen Regionen Deutschlands. In Baden und erst recht in Württemberg setzte die Industrialisierung spät ein. Geschlossene Arbeitermilieus entstanden nur in Ausnahmefällen, etwa in Mannheim. Die armen Handwerker und Kleinbauern, die sich in der Industrie etwas dazuverdienten, waren dank der Realteilung mehrheitlich immer auch Grundbesitzer. Sie teilten mit den Kollegen die Werkbank, aber nicht unbedingt den Sportplatz. Die historischen Voraussetzungen zur Entstehung eines Arbeitermilieus waren im Südwesten also nicht erfüllt. Die Arbeiterschaft blieb ländlich geprägt, zur Ausbildung eines

Milieus fehlte eine gemeinsame Lebenswelt aus Arbeitersiedlungen und -bildungsvereinen. Dass sich kleinbürgerliche Industriearbeiter zu klassenbewussten Proletariern entwickelten, war die Ausnahme.

In den württembergischen Landesteilen erschwerte zusätzlich der Pietismus die Bildung weltanschaulich geschlossener Arbeitermilieus – das protestantisch fundierte Arbeitsethos war stärker als das Klassenbewusstsein. »Die in beiden Ländern verspätet einsetzende und dezentral verlaufende Industrialisierung hat zusammen mit den liberaldemokratischen Traditionen dazu geführt, dass die Sozialdemokratie im Südwesten zwar die Partei der kleinen Leute, der Handwerker und kleingewerblichen Arbeiter war, nicht aber die der proletarischen Massen«, schreibt der Politikwissenschaftler Reinhold Weber. An diesem strukturellen Nachteil hat sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts nichts geändert. Ausgerechnet in der wichtigsten deutschen Industrieregion ist die SPD besonders schwach. Seit 1945 hat sie es nicht vermocht, ihre soziale Basis dauerhaft zu erweitern – wogegen dies der SPD in Niedersachsen mit den Heimatvertriebenen oder in Nordrhein-Westfalen mit dem katholischen Arbeitermilieu durchaus gelungen ist. Ein sogar im Vergleich mit Bayern geringer Organisationsgrad und die mental verwurzelte Skepsis gegenüber Großorganisationen in einem kleinräumig organisierten Land sind weitere Gründe für die mangelnde Schlagkraft der Partei.

Die SPD im Südwesten hat große Politiker hervorgebracht und in der Landespolitik an entscheidenden Vorhaben mitgewirkt. Carlo Schmid, Fritz Erler, Erhard Eppler, Alex Möller, Volker Hauff, Gunter Huonker – die Liste einflussreicher Sozialdemokraten ließe sich fortsetzen. Die »Stuttgarter Organisationsreform« von 1958, die wichtiger war als das Godesberger Programm, dessen Vorbereitung sie diente, wurde maßgeblich von Sozialde-

mokraten aus dem Südwesten betrieben: von Carlo Schmid und Fritz Erler. In der Landespolitik setzte sich die SPD für eine moderne Verwaltung und die Abschaffung der Bekenntnisschulen ein. Bei der Formulierung der neuen Landesverfassung erreichte sie, dass es keine Ständekammer gab. Diese Erfolge halfen der SPD jedoch nur wenig.

Ausgerechnet im Kraftzentrum der westdeutschen Wirtschaft, wo die industrielle Wertschöpfung hoch und die Innovationskraft seit Jahrzehnten bemerkenswert ist, begann die SPD mit der postmaterialistischen Korrektur ihres traditionellen Fortschrittsverständnisses. Erhard Eppler machte in den 70er Jahren den Atomausstieg und den Umweltschutz zu sozialdemokratischen Themen. Dafür gab es gute Gründe, schließlich entwickelte sich im badischen Wyhl eine einflussreiche Protestbewegung. Er öffnete sie für Lehrer, Intellektuelle und Angestellte, erschwerte aber den Zugang zur Industriearbeiterschaft. Und das in einer Zeit, in der die Grünen gegründet wurden und sich die CDU unter Lothar Späth zu einer »Baden-Württemberg-Partei« modernisierte, bei der sich auch Mercedes-Arbeiter gut aufgehoben fühlten. 1972 erreichte die SPD bei den Landtagswahlen – aus einer Großen Koalition kommend – noch erstaunliche 37,6%. Dann führte Eppler seine Partei mit der Unterstützung des sogenannten »Tübinger Kreises« als Spitzenkandidat in die Landtagswahlen 1976 und 1980. Der linksintellektuell-ökologische Kurs zahlte sich nicht aus: Die Partei rutschte bis auf 32,5% ab. Als Landesvorsitzender regierte Eppler, hieß es 1982 in der Stuttgarter Zeitung resümierend über diese Phase, »mit einem kleiner werdenden und nach außen abgeschotteten Zirkel von ihm wohlgesonnenen Intellektuellen, die den Kontakt zur Basis, insbesondere aber zum mächtigen Gewerkschaftsflügel« nur noch über

Ökologische Wende

»hochgestochene Fachkonferenzen« gesucht hätten.

Dieser Postmaterialismus verfestigte die Sandwich-Position, in der die SPD bis heute steckt: Die Arbeitnehmerschaft lässt sich im Betrieb gewerkschaftlich vertreten, vertraut aber nach Feierabend auf die Wohlstandsversprechen und die führende Rolle der CDU als Landespartei. Den Streit, den Eppler mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt, einem Vertreter klassischer Wachstumspolitik, führte, trug er im Grunde auch innerhalb seines Landesverbandes aus. Während sich der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit in der prosperierenden Gesellschaft Baden-Württembergs minderte, wurde der Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie stärker. Ein Dilemma, das die SPD bis heute nicht gelöst hat – auch nicht in der Bundespolitik. Der Postmaterialismus verschreckte die Facharbeiter. Für die aufstrebende Ökologiebewegung war Eppler zwar ein Vordenker, interessanter für diese Klientel waren jedoch die Grünen, die bezeichnenderweise in Baden-Württemberg gegründet wurden.

Der Versuch Dieter Spöris in den 80er Jahren, Epplers industriekritische und ökologische Programmatik durch eine wirtschaftsfreundliche zu ersetzen, kam zum falschen Zeitpunkt. Die Grünen machten der SPD bei den Beamten und vor allem den Lehrern Konkurrenz, die CDU hatte sich weit für die gut verdienende Industriearbeiterschaft geöffnet.

Der ungelöste programmatische Zielkonflikt lähmt die SPD bis heute. Im Streit über Stuttgart 21 nahm die Landespartei die Haltung einer Modernisierungs- und Wirtschaftspartei ein und befürwortete das Projekt emsig. Sie leistete ihren Beitrag zur Befriedung des gesellschaftlichen Großkonflikts, aber geholfen hat ihr das wenig. Bis heute fehlen der SPD gesellschaftliche Bündnispartner. Die Gewerkschaften, insbesondere die IG Metall, verfügen über eine starke Organisationsmacht vor allem

im mittleren Neckarraum. In den vergangenen Jahren konnte man aber den Eindruck bekommen, dass hiervon die Linkspartei fast mehr profitiert als die Sozialdemokraten. Für keine gesellschaftliche Gruppe ist die SPD im Südwesten eine unentbehrliche politische Kraft.

Während die CDU in den vergangenen 30 Jahren den vorpolitischen Raum immer mehr besetzte, ist die SPD weiter auf dem Rückzug. In etwa 400 Kommunen ist sie gar nicht mehr mit eigenen Kommunalwahllisten präsent. In ländlichen Regionen wie Hohenlohe, Teilen Südbadens oder Oberschwaben muss sie sich mit der Rolle der drittstärksten Kraft begnügen.

Weil der SPD für ihre Politik klare Adressaten und Wählergruppen fehlen, fällt es ihr auch so schwer, (neue) politische Inhalte und auch eine Strategie für die Zukunft zu entwickeln. In dieser Hinsicht hat sich ein schleichender Pessimismus breit gemacht – kürzlich merkte ein führender Sozialdemokrat an, zweitstärkste Partei mit landesweiten 30%-Ergebnissen könne die SPD im Südwesten nur werden, wenn sie mal zwei Legislaturperioden einen erfolgreichen Ministerpräsidenten stelle. Nur so ließe sich die strukturelle Paria-Rolle überwinden.

Am Abend der Landtagswahl vom 27. März 2011 bejubelten die Sozialdemokraten die Niederlage der CDU. Etwas anderes blieb ihnen nicht, denn mit 23,1 % mussten sie das schlechteste Ergebnis seit Bestehen des Bundeslandes verkraften. »Der Wechsel beginnt morgen«, verkündete der SPD-Landesvorsitzende Nils Schmid. Dass die SPD auch bereit sei, Juniorpartner der Grünen zu werden, hatte Schmid schon im Wahlkampf angekündigt. Getrieben von der Vorstellung, ihre Rolle als modernisierungsfreudige Fortschritts- und Wirtschaftspartei zu finden, setzte die SPD in den Koalitionsverhandlungen Schmid als Wirtschafts- und Finanzminister durch. Er

Auf »Augenhöhe«?

sollte »auf Augenhöhe« als stellvertretender Ministerpräsident die Akzeptanz der Partei erhöhen.

Inzwischen ist die SPD von der Strategie der Augenhöhe abgerückt, die persönliche Stärke des grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und sein Charisma hatten Schmidts Berater unterschätzt. Auch die Vorstellung, nur ein »Superministerium« könne der SPD in der ersten grün-roten Koalition ausreichend Geltung verschaffen, erwies sich als falsch: Ein Superministerium ist schwer zu steuern und erzeugt Verteilungskonflikte, die Rolle des stellvertretenden Ministerpräsidenten mit seinen vielen Funktionen ist für die Bürger diffus.

Während der Koalitionsbildung und während des ersten Regierungsjahres zeigten sich Defizite, die daher rühren, dass Nils Schmid durch eine Urwahl zum Landesvorsitzenden wurde. Er ist kein in der SPD sozialisierter Politiker, der sich von Parteitag zu Parteitag nach oben gearbeitet und im Laufe der Jahre zahlreiche Kreisvorsitzende hinter sich versammelt hat. Ihm fehlt bis heute eine verlässliche innerparteiliche Machtstruktur. Schmid wurde im November 2009 als unverbraucher, hoffnungsvoller Nachwuchspolitiker von der Basis gewählt. Eine klassische Rechts-Links-Fraktionierung findet sich in der Südwest-SPD nicht, eher existiert eine Konfliktlinie zwischen der regierungspragmatischen Fraktion und der regierungskritischen Basis.

Schmid versuchte nach dem Regierungswechsel mit großer Härte, sich die nötige Machtbasis zu schaffen, indem er Berater, Beamte und Minister aus Berlin

importierte. Dabei nutzte er vor allem seine Kontakte zu den Bundestagsabgeordneten des »Netzwerks« – doch langfristig brachte ihm diese Strategie keinen Erfolg. Die fern des Südwestens sozialisierten Politiker hatten Schwierigkeiten, sich an die Mentalität der Landtagsfraktion zu gewöhnen. Ausgerechnet die von Schmid berufene Kultusministerin scheiterte bereits, bevor auch nur die Hälfte der Legislaturperiode abgelaufen war. Weil die baden-württembergische SPD keine Arbeiter- oder Arbeitnehmerpartei mehr ist, sondern eher eine »Volksbildungspartei«, treffen die Schwierigkeiten mit der nahezu gescheiterten Bildungsreform sie ins Mark. Auch der bundespolitische Einfluss des mitgliederstarken Landesverbandes ist im Schwinden begriffen: Früher nahmen die talentiertesten Stuttgarter Landespolitiker relativ schnell Reißaus, denn sie wollten mitregieren und nicht nur ständig opponieren. Siegmars Mosdorf, Dieter Spöri, Hans Martin Bury, Herta Däubler-Gmelin waren Sozialdemokraten, die in Berlin für eine zukunfts offene Südwest-SPD standen. Sie haben in der Bundestagsfraktion kaum noch Nachfolger.

Eine Strategie zur Wiedergewinnung echter Volksparteien-Stärke ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Es deutet sich an, dass es für die SPD so schnell kaum einen Ausweg aus dem 20 %-Turm geben wird, denn die treuen SPD-Wähler sind meist älter als 60 Jahre. Vom Ziel, die Vorherrschaft der CDU dauerhaft zu brechen und ähnlich wie in Rheinland-Pfalz aus einem schwarzen ein rot-grünes Bundesland zu machen, scheinen die Sozialdemokraten im Südwesten heute weiter entfernt denn je.



Rüdiger Soldt

Historiker, ist Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Baden-Württemberg.

r.soldt@faz.de